

# Weimars Hypothek

## Die Spaltung der Linken im 20. Jahrhundert

GERD KOENEN

Die Spaltung der deutschen Linken in Sozialdemokraten und Kommunisten ist ein Thema, das sowohl den Rahmen einer Geschichte Deutschlands wie auch den einer Geschichte des modernen Sozialismus weit überschreitet. Es lässt sich, so meine These, nur im Rahmen der politischen Weltteilung in Ost und West, wie sie sich nach dem Ersten Weltkrieg und der Machteroberung der Bolschewiki in Russland erstmals auftat, angemessen behandeln und würdigen; und auch das »Erbe« dieser Spaltung blieb von dieser Teilung wesentlich bestimmt.

Dabei geht es um ein Thema, das sich in seiner historischen Tragweite schwerlich überschätzen lässt. So unzeitgemäß es klingen mag: Wir könnten über eine »moderne Welt« in einem positiven Sinne ohne den entscheidenden Beitrag des europäischen Sozialismus kaum sprechen. Und zu dessen wichtigstem weltanschaulichen Rückgrat war vor 1914 der »Marxismus« geworden, wie ihn Friedrich Engels, Karl Kautsky und andere nach Marx' Tod 1883 zu einem Satz handhabbarer politischer und theoretischer Doktrinen ausgearbeitet hatten.<sup>1</sup>

Diese Vorstellungen einer nahe bevorstehenden, unvermeidlich krisenhaften, aber potentiell befreienden Umwälzung aller beengenden, entwürdigenden, ausbeutenden Lebensverhältnisse der arbeitenden Mehrheit enthielten so etwas wie eine Wette auf die Zukunft, getragen von einem grundlegenden Optimismus hinsichtlich der menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten, sobald die Gesellschaften ihren akkumulierten Reichtum und ihre bis dahin unterdrückten oder ungenutzten menschlichen und materiellen Ressourcen für ein »common good«, ein gemeinsames Bestes zusammenspannen würden. Auch der deklaratorische und dennoch ernst gemeinte Internationalismus, d.h. die grundsätzliche Bereitschaft der Sozialisten, Menschen aller Rassen und Herkünfte gleich zu stellen;

1 Eine ausführliche Darstellung der Begründung und Entfaltung des modernen Sozialismus, der Rolle von Marx und seinem Denken, der Entstehung des »Marxismus«, aber auch des gesamten, in diesem Beitrag entfalteten Themenhorizonts findet sich in Gerd Koenen: Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus, München 2017. – Eine vor allem biographisch gestützte Darstellung des weltanschaulichen Ideenhorizont der sozialistischen Gründergeneration liefert Christina Morina: Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte, München 2018.

ihre Entschlossenheit, weder Sklaverei noch patriarchale Abhängigkeiten zu dulden und die Emanzipation der Frauen zum Maß der allgemeinen gesellschaftlichen Emanzipation zu erklären; die Gesellschaft von allen Formen überkommenen Aberglaubens zu befreien und in eine aufgeklärte »Mündigkeit« zu entlassen, indem alle eine Allgemeinbildung genießen und demokratisch für sich selbst sprechen durften – das alles war in einem Sinne »progressiv«, wie es bis dahin keine politische Doktrin je gewesen war. Keine andere Parteiströmung dieser Zeit, nicht die National- oder Sozialliberalen, nicht die Konservativen oder die Klerikalen und schon gar nicht die völkischen Antisemiten kamen in diesen Hinsichten dem Sozialismus marxistischer Prägung geistig, moralisch oder kulturell gleich.

Die demokratische Zuversicht, die sich im scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie zu der seit 1912 mit Abstand stärksten Partei im Deutschen Reich verkörperte, als sie in fast allen großen Städten und Industrievierteln 40-50 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinte, erlaubte es ihr auch in Fragen eines vermutlich notwendigen politischen Umsturzes eine relativ gelassene Haltung einzunehmen, die man später (etwas ironisch, aber treffend) als »revolutionären Attentismus« bezeichnet hat.<sup>2</sup> Das bedeutete im Klartext, wie der alte Engels es noch seiner Partei souffliert hatte, den herrschenden bürokratisch-militärischen Eliten und dem von ihnen repräsentierten Kartell der besitzenden Klassen zu sagen: »Schießen Sie zuerst, meine Herren!«. Dann würden diese Reaktionäre schon sehen, wie es um ihre soziale Existenzgrundlage und Verankerung wirklich stand.<sup>3</sup>

Diese übergroße Zuversicht war allerdings auch der Hauptgrund für die Hilflosigkeit der Sozialdemokraten beim Ausbruch des Weltkriegs im Sommer 1914 – obwohl die Kongresse der »Internationale« seit 1907 immer zunehmend schon von der Gefahr eines großen Krieges überschattet waren. Trotzdem war es eine ebenso unerwartete wie fundamentale Erfahrung, als die Vertreter der wichtigsten sozialistischen Parteien Europas Ende Juli 1914, buchstäblich am Vorabend des Weltkriegs, zu einem hastig anberaumten Treffen des »Internationalen Sozialistischen Büros« in Brüssel zusammenkamen, und sie alle, ob aus Wien oder Berlin, aus

2 Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Berlin (W) 1973. Die in ihrer Knappheit beste und auch sozialkulturell informierte Darstellung der historischen Rolle und Gestalt der Sozialdemokratie bietet noch immer Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie, München 1998 (31.-50. Tausend), insbes. S. 554-572.

3 Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland, in: Marx-Engels-Werke (MEW) 17, S. 251- Engels zitierte damit einen in Frankreich legendären Satz eines Gardeoffiziers aus der Schlacht gegen britische und verbündete Truppen bei Fontenay, 1745.

Petersburg, London oder Paris, von jubelnden Massen berichteten, die den Kriegseintritt ihres Landes forderten. Alle Schwüre, in diesem Falle einen internationalen Generalstreik auszurufen, wie sie auf der Baseler Konferenz 1912 noch einmal feierlich bekräftigt worden waren, erwiesen sich als Makulatur.

So hatten die europäischen Sozialisten – anders als der Großteil der Liberalen und übrigen Parteien – diesen Weltkrieg zwar nicht mit herbeigeführt; aber ihr »starker Arm« hatte das Räderwerk der Mobilisierungen auch nicht zum Stehen gebracht. Und als der große Krieg einmal da war, hatten sie alle ihre vermeintlich plausiblen Gründe, sich unter die Fahnen ihrer jeweiligen Länder zu stellen und die Kriegskredite mit zu bewilligen.

### *1. Die Geburt des Bolschewismus aus dem Weltkrieg*

Die historische Spaltung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die das weitere 20. Jahrhundert prägen würde, hatte hier, im Moment des Ausbruchs eines Weltkriegs ihren Ursprung – eines Kriegs, wie sich ihn in dieser Radikalität und Totalität niemand hatte vorstellen können.<sup>4</sup> Ihm gegenüber verblassten alle ideologischen und taktischen Differenzen, die es in vielfachen, von Land zu Land wechselnden Konstellationen natürlich gab, wobei philologisch anzumerken ist, dass es den politischen Begriff eines »Kommunismus« in den Jahrzehnten vor 1914 allenfalls als historischen Traditionsbestand oder (ganz sporadisch) in Programmtexten anarchistischer Gruppen gegeben hat. Alle Mitglieder der »Internationale«, auch die in Russland, bezeichneten sich als »Sozialisten« oder nach deutschem Vorbild als »Sozialdemokraten«.

Der Vorwurf des »Verrats«, den Lenin als Führer der 1912 abgespaltenen Parteifraktion der »Bolschewiki« sofort nach Kriegsausbruch gegen sämtliche Führer der Internationale erhob, schien allerdings gut begründet; und er hallte lange nach. Nur wäre es vollkommen verfehlt, darin eine kategorische Kriegsgegnerschaft Lenins zu sehen. Im Gegenteil, bei dem von ihm propagierten »revolutionären Defätismus« handelte sich um eine extreme Form des Bellizismus, um eine Weltkriegspolitik eigener Ordnung, mit der er anfangs auch in der eigenen Partei fast allein stand. Sie beruhte auf der spekulativen Erwartung eines finalen Zusam-

4 Auf diese neue Qualität der kriegerischen Auseinandersetzung ging der später so bedeutsam gewordene und umstrittene Begriff des »Totalen« oder »Totalitären« zurück. Vgl. etwa John Horne (Hg.): *Vers la Guerre totale. Le tournant des 1914-15*, Paris 2010.

menbruchs des Weltimperialismus als dem »höchsten Stadium des Kapitalismus«, der es ermöglichen werde, den imperialistischen Weltkrieg unmittelbar in eine Weltrevolution zu überführen, die ein Weltkrieg anderer und neuer Art sein werde.

Das war ein Denken in Kategorien eines globalen Armageddon, eines geschichtlichen Endkampfes, den es entschlossen zu begrüßen, nicht zu bejammern galt. Deshalb brandmarkte Lenin den »Sozialpazifismus« der linken Sozialdemokraten, die in den kriegführenden Ländern seit 1915 auf einen sofortigen Verständigungsfrieden »ohne Annexionen und Kontributionen« drängten, als noch verabscheuenswürdig, weil noch betrügerischer gegenüber dem offenen »Sozialchauvinismus« derer, die die jeweiligen Kriegsanstrengungen ihres Landes unterstützten.

Damit veränderte sich die Perspektive, wenn nicht sogar der Begriff einer sozialistischen Umwälzung: Wer »eine ›reine‹ soziale Revolution erwartet«, schrieb Lenin 1916, »der wird sie niemals erleben«. Neben Kämpfen von Fabrikarbeitern und städtischen Proletariern seien in Zukunft noch Kämpfe ganz anderer Art zu erwarten: Aufstände unterdrückter Nationen und Nationalitäten; Angriffe halbproletarischer bäuerlicher Massen gegen Grundeigentümer, Kirchen und Klöster; Meutereien der Soldaten an den Fronten und im Hinterland gegen sämtliche angestammten Gewalten sowie Rebellionen kleinbürgerlicher Schichten mit all ihren »reaktionären Phantastereien«. <sup>5</sup> Mit den Letzteren waren, ohne dass Lenin es ausbuchstabierte (aber jeder verstand es), in Russland die Pogromisten der »Schwarzen Hundert« angesprochen, und im Westen die entstehenden, vorerst noch namenlosen »faschistischen« Bewegungen.

Die Aufgabe der wahren Revolutionäre sei es, alle diese blinden, selbst reaktionären Bewegungen auf die eine oder andere Weise auszunutzen, sie wie einen Tiger zu reiten – so wie es gleichzeitig galt, die Differenzen und Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten gründlich auszunutzen oder möglichst zu schüren. So abenteuerlich diese Politik war, enthielt sie, wie sich im Weiteren zeigte, Elemente eines furchterregenden Realismus.

Da eine Niederlage des Zarismus, wie Lenin unermüdlich predigte, für die revolutionären Sozialisten Russlands »in jedem Fall« das kleinere Übel« sein würde (»in jedem Fall« hieß: soweit die feindlichen Armeen auch vordringen mochten) <sup>6</sup>, ergaben sich zwangsläufig gleichlaufende

5 Lenin: Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung (»Sbornik Social-Demokrata« Nr. 1, Oktober 1916), in: Lenin Werke (LW) 22, S. 363 f.

6 Lenin: Über den Separatfrieden (»Social-Demokrat« Nr. 56, 6. November 1916), in: LW 23, S. 131.

Interessen mit dem Kriegsgegner, vor allem mit Deutschland, das sich seinerseits einer Politik der aktiven »Revolutionierung« des russländischen Vielvölkerreichs verschrieben hatte. Dazu kam, dass Lenins Imperialismustheorien zufolge das »junge« Deutsche Reich trotz oder sogar wegen seiner autoritär-militaristischen Verfassung einen höheren, entwickelteren, weil staatlich organisierten Typus eines Kapitalismus verkörperte, gerade auch im Vergleich zu den »alten« Kolonialmächten des Westens, allen voran Großbritannien, das Deutschland seinen Aufstieg verbauen wollte, um seine eigene »Weltherrschaft« zu verteidigen.<sup>7</sup>

Diese Sicht auf die Ursachen und Grundanlage des Krieges kam nicht nur den Selbstentwürfen und Rechtfertigungen der deutschen Seite weit entgegen. Lenins Unterscheidung entsprach in vielem auch den propagandistischen Selbstbildern einer planmäßigen, staatlich organisierten und in Syndikaten zusammengefassten deutschen Kriegswirtschaft, die für Lenin bereits Züge eines nationalen »Kriegssozialismus« trug. Erst diese *idée fixe* eines Übergangs vom organisierten »Kriegskapitalismus« alias »Kriegssozialismus« zu einem revolutionären, noch rigoroseren »Kriegskommunismus« lieferte Lenin die doktrinäre, später auch praktische Option einer »proletarischen Diktatur« in einem agrarisch-rückständigen Land wie Russland, das die historischen Entwicklungsstufen überspringen könnte, die nach allen Kriterien eines wie immer verstandenen Marxismus bis dahin für notwendig gegolten hatten. Mit diesen Kriegsschriften löste sich der »Leninismus«, wie man ihn ab jetzt mit Recht nennen konnte, endgültig von allen theoretischen Vorgaben und historischen Horizonten des europäischen und namentlich auch des deutschen Sozialismus.<sup>8</sup>

Bei den vielseitigen, in ihren Umrissen klar rekonstruierbaren Verbindungen zwischen Lenins Zürcher Hausstaat und der deutschen Reichsleitung, die von September 1915 bis zu seiner Rückkehr im April 1917 reichten und danach erst recht historisches Format annahmen, ging es um weit mehr als um einige Millionen Goldmark an direkten oder (vermutlich bedeutenderen) indirekten Subventionen sowie um andere, praktische Hilfestellungen – so wichtig solche Hilfen für die russischen

7 Ebenda, S. 124f.

8 Das Konzept der Entwicklung eines »Kriegskommunismus« mit den vorhandenen Elementen der Kriegswirtschaft hat Lenin in einer Vielzahl von Schriften vor und nach der Machteroberung entwickelt, am ausführlichsten in Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? (»Proswechtschenie« Nr. 1-2, Oktober 1916), in: LW 26, S. 71-113.

Revolutionäre aller Richtungen auch waren.<sup>9</sup> Von der Sicherung ihres ausgedünnten Verbindungsnetzes und von der Schlagkraft ihres Druck- und Presseapparats im russischen Untergrund hing für den kleinen, großteils exilierten oder in der Verbannung bzw. im Untergrund überwinternden Kernkader der Bolschewiki fast alles ab.<sup>10</sup>

Aber über alle diese praktischen Interessen hinaus handelte es sich um die informelle Eröffnung einer strategischen Handlungslinie und Kräftekonstellation, die für beide Seiten potentiell entscheidend war: für das Deutsche Reich, um sich nach dem Ausbruch der Februarrevolution in Russland 1917 (an der die Bolschewiki so gut wie unbeteiligt waren, die ihnen aber völlig neue Handlungsräume eröffnete) eine letzte Chance auf einen Sieg im Weltkrieg zu eröffnen; und für die Bolschewiki, um sich im Oktober/November 1917 mit schwachen, aber konzentrierten Mitteln fast kampfflos an die Macht tragen zu lassen und dort mit Zähnen und Klauen festzusetzen.

Diese Konstellation und Handlungslinie reichte weit über den Weltkrieg, die bolschewistische Machteroberung, die deutsche Niederlage und Novemberrevolution hinaus. Sie wurde mit den diskreten Neuanknüpfungen zwischen Moskau und Berlin 1919/20, der geheimen militärischen Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee seit dem Polenfeldzug 1920 als Teil einer offensiven Revisionspolitik gegen das »Diktat von Versailles« wieder aufgenommen. Und sie setzt sich fort mit der Sprengung der Weltwirtschafts-Konferenz von Genua durch den Vertrag von Rapallo im April 1922 und mit der Relativierung des deutsch-französischen Vertrags von Locarno 1925 durch den deutsch-sowjetischen Berliner Vertrag von 1926. Sie reicht schließlich über die kurze Phase des Abbruchs nach der Machteroberung Hitlers hinaus weiter bis zum »Nichtangriffs-« bzw. »Freundschafts-Pakt« von 1939 und zu den lose synchronisierten beiderseitigen Weltkriegspolitikern, die Hitler im Sommer 1941 mit seinem »treubruchigen Überfall« (so Molotow) auf die Sowjetunion frontal umkehrte.

9 Vgl. zu diesem ganzen Komplex: Gerd Koenen: Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945, München 2005; insbes. die Kapitel I, 4-6, sowie II, 3, 4, 6. Eine detaillierte Zusammenstellung aller bis dahin bekannten Daten zu den deutsch-bolschewistischen Verbindungen findet sich im Kapitel Gerd Koenen: Zur Soziologie und »politischen Ökonomie« des Leninismus im Weltkrieg, in: ders., Rom oder Moskau? Deutschland, der Westen und die Revolutionierung Russlands 1917-1924 (Diss. Tübingen, 2002), S. 221-240; einsehbar auch über meine Website: [www.gerd-koenen.eu](http://www.gerd-koenen.eu).

10 Dafür noch immer maßgeblich: Michael Futrell: Northern Underground. Episodes of Russian Revolutionary Transport and Communication through Scandinavia and Finland 1863-1917. London 1963.

Aber schon mit der Gründung des »Bundes deutscher Offiziere« und des »Nationalkomitees Freies Deutschland« 1943 in sowjetischen Gefangenenlagern und mit der Proklamation einer »Deutschen Demokratischen Republik« auf einem gesamtdeutschem Volkskongress in Berlin im Oktober 1949 schrieb sich diese Linie einer letztlich illusionären und gerade deshalb umso fataleren deutsch-russischen Weltpolitik immer noch weiter fort. Wann sie abbrach, ob mit der abgelehnten Stalin-Note von 1952 oder dem Aufstand in Ost-Berlin im Juni 1953, mit der diplomatischen Anerkennung der Bundesrepublik 1955, den Aufständen in Polen und Ungarn 1956 oder erst mit den Ostverträgen der 1970er Jahre oder gar mit dem Untergang des ostdeutschen Sozialismus von Moskau Gnaden, mag hier offenbleiben.

## 2. *Vom Marxismus zum Leninismus*

Das alles umschreibt die weltpolitischen Dimensionen der das 20. Jahrhundert durchziehenden »Spaltung der Linken« und macht sie überhaupt erst verständlich. Als Lenin im März 1918, am 70. Jahrestag des »Manifests« von 1848, seine eben erst zur Macht gekommene »Sozialdemokratische Partei Russlands (Bolschewiki)« in »Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki)« umtaufte und gleichzeitig auch schon die Gründung einer »Kommunistischen Internationale« ankündigte, da war das weit mehr als ein Akt rein symbolischer Usurpation und Abgrenzung. Es sollte sich um die Neugründung einer demokratisch-zentralistisch zusammengeschlossenen »Weltpartei« handeln, deren Sitz vorerst in Moskau und demnächst in Berlin liegen sollte. Den reaktivierten Programmbegriff »Kommunismus« hatte Lenin bis dahin kaum jemals gebraucht<sup>11</sup>, und er machte auch kaum Anstalten, ihn näher auszufüllen – außer in einer Hinsicht: der »Wiederherstellung der wahren Marx'schen Lehre vom Staat«. Dies mündete in dem kategorischen Diktum: »Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt.«<sup>12</sup> Ab jetzt war dies das Kriterium, durch das sich »Kommunisten« von allen übrigen, per Definition »opportunistischen« Sozialisten unterschieden.

11 Vgl. den Registerband der Lenin-Werke, ausweislich dessen der Begriff vor 1917 in Lenins ausgedehntem Schrifttum nur als historische Referenz im Zusammenhang mit dem »Manifest« von 1848 auftaucht, nicht als programmatische Selbstbezeichnung oder Zielbestimmung.

12 Lenin: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, in: LW 25, S. 395-507; hier S. 397, 424.

Am Jahresende 1918 wurde aus disparaten links-sozialistischen Fraktionen auf Betreiben und unter Anleitung des aus Moskau entsandten und von Lenin instruierten Karl Radek, eines früheren Mitglieds der deutschen wie der polnischen Sozialdemokratie, eine »Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakus)« aus der Taufe gehoben, parallel zu ähnlichen Gründungen in Österreich, Ungarn und anderen Ländern Mitteleuropas. Gegen den Willen der beiden nominellen Leitfiguren, der prominenten Kriegsgegner Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, sollte Radek die neue Partei auf eine sofortige erneute »Wehrhaftmachung« des deutschen Proletariats und Volkes gegen das sich abzeichnende Versailler Diktat einschwören, im »Waffenbund« mit der Roten Arbeiter- und Bauernarmee Russlands, die ihrerseits im Krieg gegen eine Intervention der westlichen Siegermächte stehe.<sup>13</sup>

Aus diesem Grund missbilligten Radek und die übrigen, aus Moskau nach Berlin entsandten Untergrundkader den von radikalen Obleuten der Berliner Betriebe aus primär sozialrevolutionären Motiven ausgerufenen »Spartakus-Aufstand« Anfang Januar 1919 – während Luxemburg und Liebknecht sich ihm zögernd, aber getreu ihrer Linie einer Politik der revolutionären (in Lenins Begriffen: »spontaneistischen«) Massenaaktionen anschlossen. Ihre Ermordung durch Freikorpskämpfer ermöglichte es immerhin, sie posthum mit dem Nimbus von Gründerfiguren und Märtyrern auszustatten, die sie sonst niemals geworden wären. Es ist kaum besonders spekulativ zu sagen, dass alle ihre theoretischen und praktischen Vorstellungen und ihr jeweiliges, schwärmerisches Naturell sie prädestiniert hätten, aus der Führung oder der Partei selbst verbannt zu werden – so wie ihr Gefolgsmann Paul Levi, der erste Vorsitzende der neu gegründeten Partei, nach den von Moskauer Emissären willkürlich inszenierten, blutig fehlgeschlagenen Aufstandsversuchen von 1920 und 1921. Genau so erging es im Übrigen so gut wie allen Erstgründern der Kommunistischen Parteien von China über Amerika bis Frankreich, und Karl Radek wie der Mehrzahl der anderen Moskauer Emissäre ebenso – oder noch schlimmer.

13 Karl Radek: Die russische und die deutsche Revolution und die Weltlage, (Brochure 1919); wieder abgedruckt in Hermann Weber (Hg.), Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Frankfurt a. M.-Wien 1969.



### 3. Sozialdemokratie und Bolschewismus

Die Spaltung, oder vielmehr: die teilweise tödliche Feindschaft von Sozialdemokraten und Kommunisten in der gesamten Zwischenkriegsperiode erfordert noch einmal einen Blick zurück auf die andere Seite des politischen Spektrums. Wenn die Mehrheit der Abgeordneten und Mitglieder der SPD die Kriegsanstrengungen des deutschen Reichs widerstrebend, aber loyal unterstützt hatte, dann immer unter dem Vorwand des Kampfs gegen das russische Zarentum als dem Bollwerk einer gesamteuropäischen Reaktion, eines Kampfes, wie er zu den Traditionsbeständen der europäischen Sozialisten seit 1848 oder 1889 gehört hatte. Auch deshalb hatten die deutschen Sozialdemokraten den Sturz des Zarentums im Februar/März 1917 und das Friedensangebot des Petrograder Sowjets mit großer Sympathie aufgenommen, das die deutsche Reichsleitung allerdings unbeantwortet ließ. Dasselbe galt nach Lage der Dinge auch für die Machteroberung der Bolschewiki im Oktober/November. Das SPD-Zentralorgan »Vorwärts« nannte Lenin im Dezember 1917 einen Führer, wie Russland ihn in dieser Lage vielleicht brauche.<sup>14</sup> Und einige Köpfe der Partei wie Philipp Scheidemann nahmen an den ersten Geheimverhandlungen mit dem neuen Räteregime über einen Waffenstillstand und baldigen Frieden aktiven Anteil, in enger Verbindung mit dem Konspirateur und Finanzier Alexander Parvus-Helphand, der viele der Geheimkontakte zwischen Reichsleitung und Bolschewiki vermittelt hatte und ebenfalls Mitglied der deutschen Sozialdemokratie war.<sup>15</sup>

Auch als im Januar 1918 die demokratisch gewählte, von einer sozialistischen Mehrheit gestellte, verfassungsgebende Versammlung in Petrograd durch die Bolschewiki auseinandergejagt und die Repressionen gegen Menschewiki und Sozialrevolutionäre im neuen Sowjetrußland ruckbar wurden, blieben die Proteste von deutscher, auch sozialdemokratischer Seite sehr verhalten, eben weil die Bolschewiki die vermeintlich historische Tat eines Ausscheidens aus dem Weltkrieg vollbracht hatten. In Wahrheit hatten sie nur den Weg freigemacht, damit das Deutsche Reich im Frühsommer 1918 unter irrsinnigen Verlusten noch einmal die Entscheidung im Westen suchen konnte – was ganz im Sinne Lenins war, der den Brester Separatfrieden im Februar 1918 gegen erbitterte Widerstände in den eigenen Reihen durchgesetzt hatte.

14 Vgl. Wolfgang Wilhelmus: Deutsche Presseorgane 1917/18 über die Oktoberrevolution. In: Beiträge zur Geschichtswissenschaft (31) 1989, H. 2, S. 209

15 Vgl. dazu ausführlich Kap. I.6 »Stockholmer Schattenspiele«, in: Koenen: Russland-Komplex, S. 98–110, insbesondere S. 103 ff.

Der Zusammenbruch der deutschen Fronten im Westen, das plötzliche Waffenstillstandersuchen Ludendorffs, der Kollaps der letzten kaiserlichen Regierung und die Abdankung des Kaisers selbst brachten die Sozialdemokraten beider Fraktionen buchstäblich in die Rolle von Konkursverwaltern. Als Scheidemann im Namen des provisorischen »Rats der Volksbeauftragten« am 9. November die demokratische Republik ausrief, fand er sich zwar durch Karl Liebknecht herausgefordert, der eine deutsche Räterepublik proklamierte. Aber der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der im Dezember in Berlin zusammentrat, war von den Mehrheits-Sozialdemokraten dominiert. Und seine Beschlüsse zielten, entgegen den Anträgen Liebknechts und einer linken Minderheit, nicht darauf ab, sich selbst zum obersten Souverän zu erklären, sondern eine Reihe im Wortsinne »sozial-demokratischer« Forderungen zur Sozialisierung der Schlüsselindustrien und zu den Rechten der Betriebsräte aufzustellen, die an die künftigen, in demokratischen Wahlen zu bestimmenden Verfassungsgeber gerichtet waren.

Dass die sozialdemokratischen Volksbeauftragten zur Niederschlagung des sogenannten »Spartakus-Aufstands« im Januar 1919 sich mangels regulärer Polizei und loyaler Armeeeinheiten auch an die Freikorps wandten, die sich allenthalben zum Kampf gegen die »rote Gefahr« bildeten, war sicherlich ein Offenbarungseid. Er hatte allerdings auch damit zu tun, dass es in der eigenen Mitgliedschaft kaum eine Bereitschaft gab, sich dem bewaffneten Machtanspruch der »Spartakisten« mit gleichen Mitteln entgegenzustellen. Und der von den Bolschewiki mit offensivem roten Terror geführte Bürgerkrieg in Russland machte alle Vorstellungen, dieses Szenario nach Deutschland zu übertragen, für die Masse der kriegsmüden und hungernden Menschen, und gerade auch der Arbeiter, zu einem wahren Schreckbild.

Nur eine Woche nach dem Januaraufstand in Berlin gingen am 19. Januar 1919 die deutschen Bürger ab dem 20. Lebensjahr, zum ersten Mal auch die Frauen, zu den Urnen, um in freier, gleicher und geheimer Wahl eine verfassunggebende Nationalversammlung zu bestimmen. Bei einer Wahlbeteiligung von 83 Prozent war dies »das bei weitem eindrucksvollste demokratische Schauspiel in der ganzen westlichen Welt«, so Adam Tooze.<sup>16</sup> Die SPD gewann 38 % der abgegebenen Stimmen, während die USPD, in der Sympathisanten der Bolschewiki mit deren schärfsten Kritikern wie Karl Kautsky koexistierten, nur ernüchternde 8 % erhielt. Die Rechtsparteien, von den Nationalliberalen bis zu den Deutschnationalen, waren auf weniger als 15 % der Stimmen gedrückt. So

16 Adam Tooze: *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916-1931*, München 2015, S. 299.

konnten die Sozialdemokraten mit den liberalen Deutschen Demokraten und dem katholischen Zentrum eine erste »Weimarer Koalition« bilden, die Dreiviertel aller Mandate auf sich vereinte und die Ausarbeitung der neuen Verfassung in einem sozial-liberalen Geiste dominierte.

#### *4. Die weltpolitische Bedeutung der Spaltung*

Die Spaltung der deutschen wie der internationalen Linken in Sozialdemokraten und Kommunisten – um nur diese beiden Hauptpole zu benennen, denen zahlreiche Abspaltungen und Zwischengruppierungen zur Seite traten – war nicht nur primär weltpolitisch begründet; sie hatte auch weltpolitische Folgen, die über alle sozialen Kämpfe und demokratischen Differenzen weit hinausgriffen. Und nirgends war das von größerem historischem Gewicht als in einem Deutschen Reich, das sich mit der Niederlage im Weltkrieg, ihrem Preis und ihren Folgen nicht abzufinden vermochte.

Die Formel von den »im Felde unbesiegten« deutschen Truppen war ursprünglich eine von Friedrich Ebert im Dezember 1918 bei der Begrüßung demobilisierter Truppen verwendete Trostformel, die später in der »Dolchstoß«-Rhetorik Ludendorffs und revanchistischer Kreise auf unheilvolle Weise Wiederauferstehung feierte. Dabei waren die Sozialdemokraten trotz eigener, anfangs starker Widerstände gegen eine Unterzeichnung des Versailler Friedensdiktates neben den linksliberalen Demokraten im Spektrum der Weimarer Politik diejenige Partei, die am entschiedensten republikanisch und westlich orientiert war.

Für die Konsolidierung der Republik mitentscheidend war freilich auch, dass es den Sozialdemokraten gelang, über die ihnen verbundenen Gewerkschaften und Betriebsorganisationen das Gros der industriellen Arbeiterschaft in ihrem Einflussfeld zu halten. Dazu kam, dass sie in fast allen Länderregierungen vertreten waren und auch die meisten Oberbürgermeister in den Großstädten stellten, was bedeutete, dass sie (zumindest nominell) das Kommando über die Polizei ausübten, die in den sich zuspitzenden paramilitärischen Auseinandersetzungen selbst zunehmend quasi-militärisch auftrat. Das alles waren umgekehrt Gründe, warum die mit dem Gros der USPD wiedervereinigte SPD wie alle Führer der wiederhergestellten »Sozialistischen Internationale« ab Mitte der 1920er Jahre in steigendem Crescendo von Seiten der Kommunisten als »sozialfaschistisch« bezeichnet und bis kurz vor Toresschluss 1933 sogar als die entscheidende Kraft einer Konterrevolution angegriffen wurden.

Die deutschen Kommunisten, die ungeachtet aller Abspaltungen und Niederlagen im Laufe der 1920er Jahre zu einer autoritär geführten Massenpartei wurden, blieben dagegen in einem weit überproportionalen Maß eine Partei der großstädtischen Arbeitslosen sowie einzelner, radikaler Segmente der Arbeiterschaft. Ihre enge Verbindung mit der »Internationale« und deren antikapitalistisch-antimperialistisch-antikolonialer Agitation, die in erster Linie gegen eine westlich-kapitalistische Welt hegemonie gerichtet war, aber auch ihre entschlossene Militanz verlieh den Kommunisten samt ihrem dichten, oft als »Klein-Moskau« bezeichneten Milieu eine kämpferische Attraktivität, die auf junge Leute proletarischer oder bürgerlicher Herkunft wie auf Teile der künstlerischen und intellektuellen Milieus der Weimarer Republik einen großen Reiz ausübte.

Dabei blieb ihr propagandistisch vorangetragener »Antifaschismus« immer zweideutig und trug in mancher Hinsicht Züge eines Doppelspiels – nicht nur wegen der gegen die »Versailler Weltordnung« gerichteten Weltpolitik Moskaus und seiner guten Beziehungen mit Mussolinis Italien; sondern auch, weil die Faschismus-Analysen der Kommunistischen Internationale (Komintern) vielfach eher intime Rivalität als absolute Feindschaft signalisierten. So attestierten Clara Zetkin wie Karl Radek im Juni 1923 in einer Sitzung des Exekutivkomitees der Komintern den deutschen Freikorpsleuten wie den italienischen Faschisten, dass sie keineswegs nur »weiße« Konterrevolutionäre und gekaufte Prätorianer seien, sondern »die energischsten, entwicklungsfähigsten Elemente« aus den ins Proletariat abstürzenden kleinbürgerlichen Schichten verträten und organisierten.<sup>17</sup> Und in all ihren fehlgeleiteten Kämpfen seien sie von »brennender Sehnsucht« nach sozialer Gemeinschaft und nationaler Würde getrieben. Ja, Faschismus sei nichts anderes als der »Sozialismus der kleinbürgerlichen Massen«.<sup>18</sup>

1924 war erstmals in Komintern-Texten davon die Rede, dass die Sozialdemokratie ein »Zwilling« der faschistischen Bewegungen und selbst zum »Sozialfaschismus« mutiert sei. Und bald wurden so gut wie alle Weimarer Parteien als »faschistisch« gebrandmarkt, als »Nationalfaschisten«, »Klerikalfaschisten« oder eben als »Sozialfaschisten«, die wegen ihres Einflusses auf die organisierte Arbeiterschaft letztlich als die gefährlichsten Gegner galten. Jede Regierung jenseits der stets gefor-

17 Clara Zetkin: Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 20. Juni 1923, in: dies., Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1960, S. 689 f.

18 Karl Radek: Der internationale Faschismus und die Kommunistische Internationale, in: Inprekorr, Bd. 3, 115 (09.07.1923), S. 1014.

derten »proletarischen Einheitsfront« war somit schon eine offene oder verkappte »faschistische Diktatur«. Diese Inflationierung der Feindbilder und des Faschismus-Begriffs erzeugte nicht nur eine Nacht, in der alle Katzen grau waren und die heraufziehende Gefahr des Nationalsozialismus unkenntlich wurde. Sondern es erlaubte der mehrfach gesäuber-ten, »bolschewisierten« Thälmann-KPD, mit einem eigenen großdeutschen »Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« von 1930 verstärkt in nationalistischen Milieus zu fischen – und das nicht ohne Erfolg. Jedenfalls war die KPD im Unterschied zu fast allen anderen Mitgliedsparteien der Komintern diejenige, die in der Weltwirtschaftskrise ihre Mitgliedszahlen und Stimmenanteile noch einmal steigern konnte, von 130.000 Mitgliedern und gut 3,2 Millionen Wählern im Jahr 1928 auf 360.000 Mitglieder und über 5,0 Millionen Wähler 1932 – obwohl oder gerade weil sie sich von der Masse der sozialdemokratischen oder katholischen Industriearbeiter immer weiter und bis zur fast völligen Isolation abgesondert hatte.<sup>19</sup>

Angesichts dessen waren die Sozialdemokraten, ob sie wollten oder nicht, tatsächlich das Hauptbollwerk eines demokratischen Antibolschewismus, während sie sich gleichzeitig eines wachsenden Drucks der Republikfeinde von rechts ausgesetzt sahen. Dass sie selbst nur wenige kraftvolle Akte, Dokumente und Symbole eines revolutionären Umbruchs geschaffen haben, um den es sich 1918/19 ja durchaus handelte, und dass sie nicht in offensiverer Weise gegen die alten Eliten und die Agitatoren auf der Rechten vorgegangen sind, hat man ihnen zu Recht vorgeworfen. Der Todfeindschaft, der sie sowohl von kommunistischer wie von deutsch-völkischer oder auch preußisch-konservativer Seite ausgesetzt waren, hätte das allerdings kaum Abbruch getan, im Gegenteil.

Gravierender war im Übrigen vielleicht noch, dass die Sozialdemokraten nicht in der Lage waren, dauerhafte Bündnisse mit den bürgerlichen Vernunftrepublikanern zu schließen, um eine ausgeglichene Innenpolitik mit einer konstruktiven Außenpolitik zu verbinden. Die Weimarer Republik wäre trotz der harschen Bedingungen des Versailler Friedens in Wirklichkeit in gar keiner so schlechten Situation gewesen, wenn sie versucht hätte, aus der Not der Reparationen eine Tugend zu machen, so wie die Bundesrepublik es – natürlich unter nochmals radikal veränderten Bedingungen – ab 1950 durch die Montanunion und andere Schritte

19 Zum Profil der KPD vgl. etwa Eric D. Weitz: *State Power, Class Fragmentation, and the Shaping of German Communist Politics, 1890-1933*, in: *Journal of Modern History* 62 (1990) 2, S. 257-295; sowie Klaus-Michael Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996.

einer wirtschaftlichen Verflechtung mit ihren westlichen Nachbarn getan hat.

Aber dieser Gedanke war nur bei wenigen Politikern wie dem Außenminister Walther Rathenau Anfang der 1920er Jahre aufgekommen, und er hatte auf westlicher, vor allem französischer Seite nur wenig Unterstützung gefunden. So war es Rathenau, der sich – wenngleich widerstrebend – bereitfand, am Rande der Weltwirtschaftskonferenz im April 1922 in Genua den Vertrag von Rapallo mit Sowjetrußland zu schließen. So wenig dieser Vertrag positiv bedeutete, so gravierend war, dass er die Konferenz endgültig sprengte, die dazu hätte dienen sollen, Sowjetrußland wie Deutschland in eine integrierte Weltwirtschaft zurückzuführen.

Alles in allem kann man sagen, dass die fiktive Möglichkeit einer »Rückversicherung« bei Sowjetrußland – um diesen alten, magischen Begriff der Bismarck-Ära zu gebrauchen – die Weimarer Republik in einer Situation steriler Selbstisolierung gehalten hat. Und wenn die Sozialdemokratie die Weimarer Partei war, die gegenüber allen trügerischen Optionen einer »Ostorientierung« oder einer Schaukelpolitik am ehesten gefeit war, dann war sie doch auch zu schwach oder zu unentschlossen, diesen fatalen Zirkel zu durchbrechen.

### *5. Alte und neue Spaltungslinien*

Sozialdemokraten und Kommunisten haben vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal eine Reihe tiefgreifender Transformationen durchlaufen, die wieder primär durch die weltpolitischen Entwicklungen und namentlich dann durch die im Kalten Krieg zementierte Ost-West-Teilung bestimmt waren – eine Teilung, die gleichsam mitten durch sie hindurchlief. Und gleichzeitig waren sie soziologisch, ideologisch und organisatorisch nur noch entfernt mit jenen Parteien zu vergleichen, die 1933 in den Untergrund oder ins Exil gedrängt worden waren.

Die Kommunisten waren moralisch wie organisatorisch nicht nur durch die nationalsozialistische Verfolgung, sondern fast noch stärker durch die Dezimierung ihres Kaderbestandes in den stalinistischen Terrorkampagnen getroffen worden. Die 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone aus KPD und SPD gebildete »Sozialistische Einheitspartei« konnte zwar Teile der ostdeutschen Sozialdemokraten mit einschweißen; aber sie trug noch weniger als früher das Profil einer Klassenpartei und wurde nach ihrer bereits vorher einsetzenden Stalinisierung mit Gründung der DDR im Oktober 1949 zu einer Staatspartei sowjetischen Zu-

schnitts. In den Westzonen und dann in der Bundesrepublik führte sie als KPD eher eine Randexistenz, bevor sie 1956 verboten wurde.

Von der SPD durfte sie nicht mit Hilfe rechnen, zumal diejenigen Sozialdemokraten im Osten, die sich der Zwangsvereinigung verweigert hatten und nach Gründung der DDR eine Zeit lang versuchten, einen zivilen Widerstand zu organisieren, von Beginn an sehr viel härteren Repressionen unterlagen. So trat das Gros der Sozialdemokratie mit der Gründung der Bundesrepublik abermals in ihre »Weimarer« Rolle als verfassunggebende und die demokratische Republik stabilisierende Kraft ein, auch wenn sie von den Christdemokraten Adenauers darin vielfach überspielt wurde. Dass die Partei sich ihrerseits für eine engere westeuropäische Integration entschied, wenn auch mit einer recht nationalen Rhetorik, die sich vor allem an der von den Westalliierten geforderten Wiederbewaffnung und NATO-Integration entzündete, könnte durchaus auch als Weimarer »Erbe« betrachtet werden. Aber im Kern handelte es sich um eine ganz neue Partei, die unter dem alten, ehrwürdigen Signum einer »Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« auftrat.

Es wäre ein interessantes zeithistorisches Thema anhand der führenden Figuren der Nachkriegs-Sozialdemokratie die historischen Prägungen und Metamorphosen einmal nachzuvollziehen, die sie und die von ihnen vertretene Partei geprägt haben. Die Reihe beginnt mit dem im Ersten Weltkrieg versehrten und von den Erfahrungen vor und nach 1933 geprägten SPD-Veteranen und Ex-KZ-Häftling Kurt Schumacher und dem Ex-Kommunisten Herbert Wehner, der in Moskau hauchdünn und vielleicht um den Preis der Denunziation anderer dem Terror entkommen war, aber von stalinistischen Machttechnologien lebenslang geprägt blieb. Ihm folgt der linkssozialdemokratische Emigrant und West-Berliner Bürgermeister in der Zeit des Mauerbaus, Willy Brandt, dessen bleibendstes Erbe in der Zeit seiner kurzen Kanzlerschaft die »Ostverträge« waren. Deren Vordenker war der im Nachkriegsberlin zur Partei gestoßene, in der NS-Zeit als Dreiviertel-Arier drangsalierte Journalist Egon Bahr, dessen Politik eines »Wandels durch Annäherung« ihn zeitweise fast zu einem »Schreibtisch-Meternich« der Entspannungsperiode (Timothy Garton Ash)<sup>20</sup> machte. An ihn schloss der Weltkriegs-Leutnant und Realpolitiker Helmut Schmidt an, der in den Zeiten des Rüstungswettlaufes und der inneren Herausforderung der Republik durch die »Rote Armee Fraktion« die Rolle eines Eisernen Kanzlers einnahm. Und die Reihe beschließt ein ehemaliger Juso-Vorsitzender

20 Timothy Garton Ash: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, Berlin 1993, S. 127

von der »Stamokap«-Fraktion namens Gerhard Schröder, der in der Zeit des Irak-Kriegs durchaus mit Ideen einer wiederbelebten Äquidistanz gespielt und nach seiner Abwahl 2005 auf Einladung seines Freundes Wladimir Putin übergangslos in den Dienst Russlands trat.

Das alles unterstreicht nur, was hier gezeigt werden sollte: dass die Spaltung der Linken von Weimar bis ins geteilte und wiedervereinigte Deutschland sich nur teilweise an den demokratischen und sozialen Fragen entzündet und entschieden hat, die am Anfang der 150-jährigen Geschichte des europäischen Sozialismus gestanden haben – und die keineswegs historisch »erledigt« sind, allerdings auf eine ganz neue Weise formuliert und gestellt werden müssen. Zum anderen, größeren Teil war diese Geschichte ein Resultat der Kataklysmen des 20. Jahrhunderts und der Teilungen Europas und der Welt in einen politischen »Osten« und einen politischen »Westen«.